



naiin verschärft Kampf gegen Internet-Straftäter

Mitteilung vom 23. Februar 2005

Berlin – Wer Straftaten im Internet begeht, sollte sich nach Befinden der Wirtschaftsinitiative „no abuse in internet“ (naiin) dafür auch vor Gericht verantworten müssen. Die Sperrung von E-Mail-Konten und Websites werde künftig das Mindeste sein, mit dem Cyberkriminelle zu rechnen haben. Dies kündigte naiin-Präsident Arthur Wetzel bei der offiziellen Inbetriebnahme der neuen naiin-Geschäftstelle in Berlin an.

So verschärft die Wirtschaftsinitiative ihre Gangart gegen Straftäter im Internet. „Als Einrichtung der freiwilligen Selbstkontrolle war es bislang in erster Linie unser Anliegen, illegale Internet-Inhalte aufzuspüren und zu eliminieren. Diejenigen Personen, die diese Inhalte eingestellt haben, wurden bisher aber nur dann der Strafverfolgung zugeführt, wenn uns auch deren Identität bekannt wurde“, erläuterte Wetzel das bisherige Prozedere.

Eine neue Vorgehensweise löst dieses nun ab: Durch Vorabermittlungen soll künftig zumindest der Aufenthaltsort von Straftätern, wenn möglich auch weitere Daten zu deren Identität, in Erfahrung gebracht werden. Die Ermittler werden dabei öffentlich zugängliche Daten auswerten und in Einzelfällen auch Profile erstellen. Anhand des Aufenthaltsorts eines mutmaßlichen Täters wird dann die zuständige Strafverfolgungsbehörde ermittelt und mit dem Sachverhalt betraut. Zeitgleich geht naiin, wie gehabt, über die verantwortlichen Provider auch aktiv gegen die Inhalte vor.

„Wir haben das Verfahren in den vergangenen Wochen bereits ausgiebig getestet und unter anderem die US-Bundespolizei FBI und die spanische Guardia Civil über illegale Aktivitäten in ihren Zuständigkeitsbereichen informiert“, so Dennis Grabowski, seit Mitte Januar Geschäftsführer der Wirtschaftsinitiative naiin und für die Umsetzung der neuen Vorgehensweise verantwortlich. „Uns erscheint dieses Prozedere nachhaltiger als das bisherige. Denn es ist wichtig Internet-Straftäter von der Fortführung ihrer illegalen Aktivitäten abzuhalten und ihnen zu verdeutlichen, dass ein derartiges Treiben von der Internet-Community nicht erwünscht ist.“

Die neue Strategie trägt bereits erste Früchte. Allein in der vergangenen Woche konnten die naiin-Ermittler knapp 25 mutmaßliche Straftäter identifizieren – darunter viele Deutsche. Bei den Straftaten handelt es sich unter anderem um Volksverhetzung, Holocaust-Leugnung, Kinderpornografie und Verbreitung pornografischer Schriften. Mit diesen Fällen werden sich nun die zuständigen Staatsanwaltschaften beschäftigen müssen.